

FBP-Landtagsfraktion für Gesamtbetrachtung von Subventionen

Gestern hat die Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei das «Postulat zur Überprüfung der Subventionen und Transferleistungen an Private» beim Landtagsbüro eingereicht.

Vaduz. – Entgegen dem anlässlich der anstehenden Landtagssitzung traktandierten «Postulat für zielgerichtete Familienzulagen» der Freien Liste, welches nur einen Teilbereich der staatlichen Leistungen beleuchtet, spricht sich die FBP-Fraktion für eine Gesamtbetrachtung aus. Einzellösungen und unkoordinierte Korrektur-eingriffe in das System lehnt sie ab.

«In den vergangenen Jahrzehnten wurden Sozialleistungen in Liechtenstein stark ausgebaut. Sie reichen von wirtschaftlicher und persönlicher Hilfe über AHV-Ergänzungsleistungen zu Betreuungs- und Pflegegeldern sowie Subventionen für Einrichtungen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Teilweise verlief der Ausbau unkoordiniert und die einzelnen Leistungen sind nicht aufeinander abgestimmt.»

So ist es in der Postulatsbegründung nachzulesen. Diese Aussage bringt die Intention des eingereichten Vorstosses auf den Punkt. Sowohl Präsidium wie auch die Fraktion der Bürgerpartei sprechen sich klar für eine Gesamtbe-

trachtung aller staatlichen Leistungen an Private aus und lehnen Einzelkorrekturen ab.

Gemäss FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend ist es nun an der Zeit, das gesamte System auf seine Zielgenauigkeit zu überprüfen und wo nötig im Gesamtkontext gesehen zu optimieren. «Es ist nicht zielführend, immer nur da und dort ein Schraubchen zu drehen und reine Symptombekämpfung zu betreiben.

Eine analytische Vorgehensweise – wenngleich diese bis zu deren Umsetzung etwas länger dauern wird als die Einführung oder Anpassung einer Einzelmassnahme – ist auf jeden Fall die nachhaltigere Lösung und demzufolge

für die Zukunft unseres Landes sowie der gesamten Bevölkerung die bessere», wie Wohlwend weiter ausführt.

Die FBP stellt aber klar, dass die Unterstützung von Familien nicht infrage gestellt wird. Die aktuellen Leistungen müssen jedoch dringend auf deren Zielgenauigkeit und mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen überprüft werden. Auch soll die Regierung die einkommensabhängige Ausgestaltung von verschiedenen Leistungen prüfen. Am Ende, so die Meinung der FBP, ist das Ziel ein nachhaltiges, sozial ausgewogenes und zielgenaues System staatlicher Leistungen an Private zu haben. (pd)